

UN-Standort von nationaler Bedeutung

Der Gastkommentar von Uwe Lehmann-Brauns zum Thema Bonn/Berlin enthielt nichts Neues, sondern wiederholte nur falsche Behauptungen (vgl. WELT vom 16. Dezember). Maßlos ist sein Versuch, das Schicksal Deutschlands mit dem einheitlichen Regierungssitz Berlin zu verbinden. Es passe nicht zu Berlin, pathetisch zu sein, meint Lehmann-Brauns, um dann voller Pathos zu erklären, die Nation komme erst dann in Europa ganz an, wenn sie sich zu einer ganzen Hauptstadt bekenne. Im Übrigen vermischte er einen überkommenen innerdeutschen Ost/West-Gegensatz mit dem Neid auf das wirtschaftlich erfolgreiche Bonn als deutschen UN-Standort.

Die Ansiedlung von UN-Einrichtungen, internationalen Regierungsagenturen und Nichtregierungsorganisationen in Bonn ist längst deutlich mehr als ein „Ausgleich“ für den Umzug von Regierung und Bundestag nach Berlin. Der Ausbau Bonns zum auch im Ausland beachteten Zentrum für internationale Zusammenarbeit liegt im nationalen Interesse Deutschlands. Immer mehr internationale Probleme bedürfen multilateraler Gespräche und Konferenzen, gemeinsamer Planungen und Verabredungen, wie sie durch die in Bonn angesiedelten internationalen Organisationen erfolgreich geleistet werden. Von Bonn aus wird zum Beispiel der internationale Klimaschutz organisiert, hier wird um die Vermeidung der befürchteten zukünftigen Kriege um Trinkwasserreserven gerungen. An Erfolg oder Misserfolg bei diesen Themen bemisst sich Deutschlands Rolle in der Welt genauso stark wie an der in Berlin gemacht Innenpolitik.

Doch wäre das Zentrum für internationale Zusammenarbeit in Bonn ohne die Aufteilung der Funktionen der Bundesministerien zwischen Berlin und Bonn nicht denkbar. Es sind die Ansprechpartner in den Bundesministerien, die jene Einrichtungen gegen starke internationale Konkurrenz nach Bonn und damit nach Deutschland gebracht haben und jetzt hier halten. In Bonn erhalten diese Organisationen außerdem eine eigenständige mediale Aufmerksamkeit abseits der aufgeregten innenpolitischen Berichterstattung. Dies war und ist ein starker Anreiz für viele internationale Organisationen, die niemals in eine nationale Hauptstadt wechseln würden.

All dies stellen Berliner Politiker mit ihrer Forderung nach einem Umzug von rund 10 000 weiteren Mitarbeitern der Ministerien

nach Berlin infrage. Die Bedeutung des deutschen UN-Standortes Bonn in einer zunehmend durch die Globalisierung bestimmten Welt hat Lehmann-Brauns in seinem Gastkommentar ignoriert.

Der deutsche UN-Standort ist aber nicht das einzige Argument gegen den teuren „Totalumzug“ nach Berlin, der mit Kosten von mindestens fünf Milliarden Euro und damit Zinskosten von 300 Millionen Euro pro Jahr 30 Mal mehr kosten würde als die zehn Millionen Euro, die der neutrale Bundesrechnungshof als Kosten für eine Beibehaltung der Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn ermittelt hat. Diese Zahlen fehlten leider völlig bei Lehmann-Brauns. Die knappe Entscheidung des Deutschen Bundestages, nach Berlin umzuziehen, war bekanntlich nur mehrheitsfähig, weil die Entscheidung einen Berlin- und einen Bonn-Teil hatte. Dies haben damals viele Abgeordnete, die für Berlin gestimmt haben, in ihren Redebeiträgen ausgeführt. Die Mehrheit kam nur zustande, weil das Argument schwer wog, vergangene Bundestage hätten wiederholt ihr Bekenntnis zu Berlin in Beschlüssen manifestiert, davon dürfe niemand abrücken. Wenn Berlin damals auf die Zusagen pochte und deren Umsetzung einforderte, können Berliner Politiker heute nicht ernsthaft vorschlagen, gleichartige Zusagen gegenüber der Region Bonn und internationalen Organisationen wie den UN zu brechen.

Besonders unfair ist es dabei, der Region Bonn den erfolgreichen Strukturwandel anzukreiden, den die Menschen dort nach der Abgabe von 23 000 Arbeitsplätzen Richtung Berlin so erfolgreich gemeistert haben. Hilfen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen, die Kraft und Vitalität der Region Köln-Bonn, Glück und durchaus auch kommunalpolitische Tüchtigkeit legten die Basis für diesen Erfolg. Von Bonn könnte die Berliner Politik vielleicht lernen, dass es möglich ist, eigene Kräfte für den wirtschaftlichen Erfolg zu mobilisieren, indem man auf seine Stärken setzt, Mut zu neuen Schwerpunkten hat und nicht immer nur zusätzliche Hilfe von außen einfordert.

Der Autor ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Er errang das Direktmandat des Wahlkreises Bonn

forum@welt.de